

1D  
24.  
65.  
M

# Waldorfschule kämpft um ihren Standort

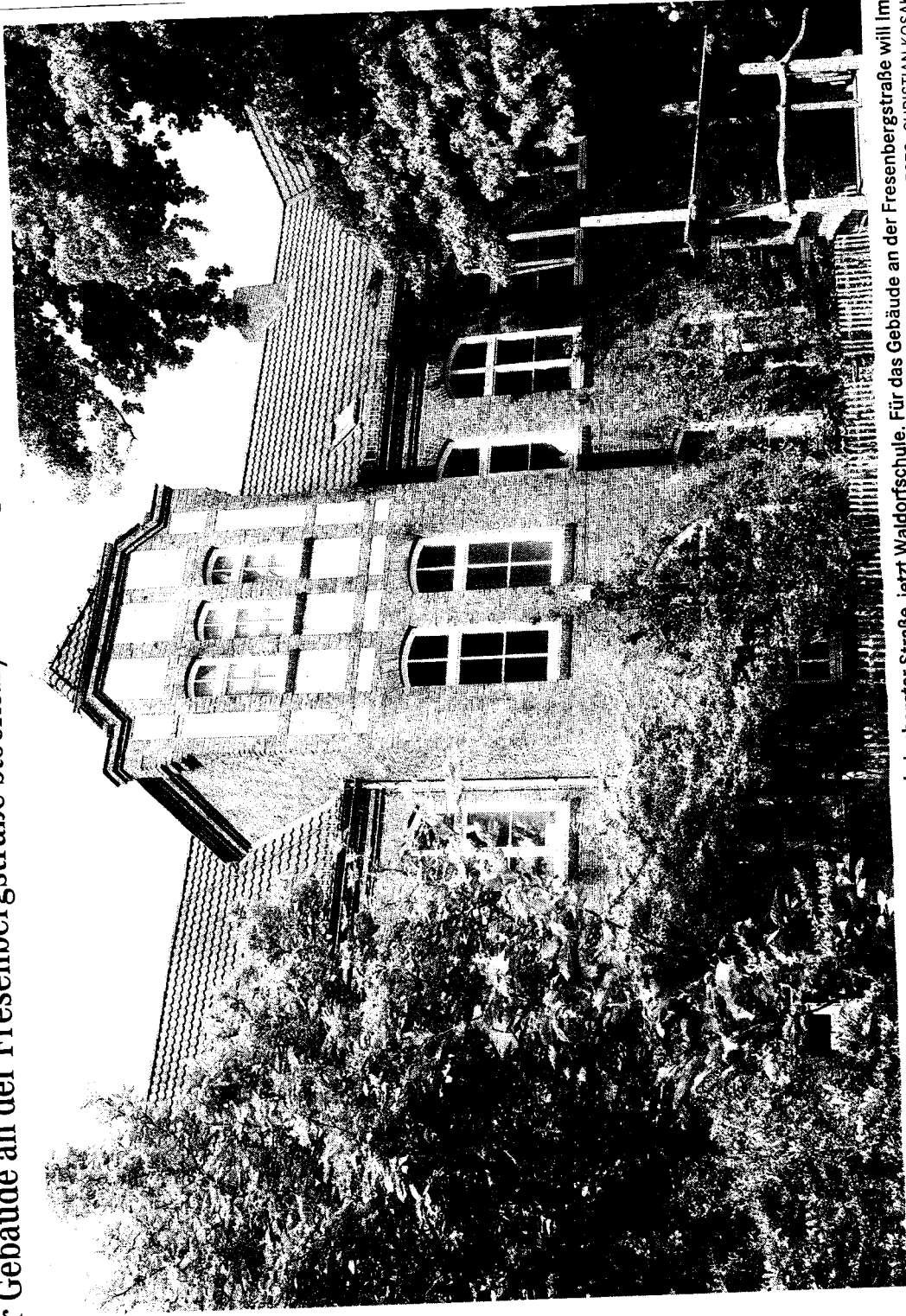
## Kaufverhandlungen über Gebäude an der Fresenbergstraße stocken / Betriebsgenehmigung auf der Kippe

VON JÜRGEN THEINER

Blumenthal. Die Freie Waldorfschule Bremen-Nord bangt um ihren Fortbestand. Für den im Sommer anstehenden Ausbau gibt es noch keine Betriebserlaubnis vom Bildungsressort, weil die Zukunft des Standortes an der Fresenbergstraße nicht gesichert ist. Grund: Der Trägerverein hat sich mit der städtischen Liegenschaftsverwaltung Immobilien Bremen bisher nicht auf einen Kaufvertrag für das Gebäude verständigen können.

Die Waldorfschule war erst im Sommer vergangenen Jahres vom Gelände der Jacobs University in das alte Schulgebäude an der Fresenbergstraße umgezogen, das bis Ende 2009 eine Zweigstelle des Schulzentrums Lehmhorster Straße gewesen war. An der Fresenbergstraße werden zurzeit rund 90 Kinder in den Jahrgängen eins bis fünf unterrichtet. Tendenziell will der Trägerverein dort die komplette Schullaufbahn bis zum Abitur anbieten.

Gegenwärtig ist die Waldorfschule Mieterin des Gebäudes, der Vertrag endet im kommenden Jahr. Die Schule würde die Immobilie gern kaufen und am Standort Blumenthal eine langfristige Perspektive entwickeln. Doch die Verhandlungen mit Immobilien Bremen (IB) stocken. So stellt es jedenfalls Bernhard Urban vom Trägerverein Freie Waldorfschule Bremen Nord e.V. dar. Er bestätigt Informationen der NORD-DEUTSCHEN, wonach IB 380 000 Euro für das historische Gemäuer verlangt. „Unser Gutachter sagt, dass das deutlich zu viel ist, zumal dort ein hoher Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf besteht. Da sind marode Wasserleitungen und Abwasserkanäle, die nicht funktionieren. Und das Aus-



Einst Volksschule, später Dependence des Schulzentrums Lehmhorster Straße, jetzt Waldorfschule. Für das Gebäude an der Fresenbergstraße will Immobilien Bremen 380 000 Euro haben. Dem Trägerverein der Waldorfschule ist das zu viel Geld. FOTO: CHRISTIAN KOSAK

maß der Belastung mit Asbest und sonstigen Schadstoffen lässt sich noch gar nicht abschätzen", gibt Urban den Befund des Experten wieder. Eigentlich habe man gehofft, mit den Sanierungsarbeiten kurzfristig beginnen zu können. Doch auf der Grundlage des Kaufangebotes von IB sei keine Einigung möglich.

Solange freilich nicht klar ist, ob die Waldorf-Schule mit Immobilien Bremen klar kommt und am Standort Fresenbergstraße bleibt, sieht sich das Bildungsressort auch nicht in der Lage, eine Betriebsgenehmigung für die nächsten Jahre auszusprechen. Mit dem eingereichten pädagogischen Konzept für die geplanten Aufbaujahrgänge habe das Ressort überhaupt kein Problem, so Ressortsprecherin Karla Götz. „Aber das Ganze braucht ja eine

Hülle, in der es stattfinden kann.“ Bernhard Urban zäumt das Pferd von der anderen Seite auf: „Wir brauchen die Betriebsgenehmigung. Wenn wir die nicht bekommen, dann macht die Schule dicht.“

So weit muss und darf es nicht kommen, findet Ortsamtsleiter Peter Nowack. Er betrachtet die Waldorfschule als Aktivposten für seinen Stadtteil. „Ich bin eigentlich ein Anhänger des staatlichen Schulsystems, aber ich muss das nüchtern betrachten. Wenn ich Leute für Blumenthal interessieren will, die uns hier voranbringen, dann ist eine Privatschule ein Pfund, mit dem ich wuchern kann.“ Im Übrigen sei der Stadtteilpolitik daran gelegen, keine Leerstände in öffentlichen Gebäuden zu produzieren. Nach dem Auszug der Zweigstelle SZ

Lehmhorster Straße sei das Gebäude an der Fresenbergstraße ein halbes Jahr ungenutzt gewesen, und man habe es partiell übergreifend als glückliche Fügung betrachtet, dass die Waldorf-Schule das Haus im Sommer 2010 übernahm. Diese Lösung dürfe keine Episode bleiben, sagt Nowack. Beirat und Ortsamt seien deshalb bereits bei Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD) und Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) vorstellig geworden. Letztere führt die Aufsicht über Immobilien Bremen. „Wir haben sie gebeten, darauf hinzuwirken, dass sich Immobilien Bremen in dieser Angelegenheit flexibel zeigt“, sagt Nowack. Mit Renate Jürgens-Pieper haben der Ortsamtsleiter und mehrere SPD-Beiratsmitglieder in der vergangenen Woche

sogar persönlich gesprochen. Aus der Runde hat Nowack den Eindruck mitgenommen, dass die Betriebsgenehmigung für die Aufbaujahrgänge bis Ende Juni erteilt werden könnte.